

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 27.04.2017
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:56 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, Konferenzraum 2, WittasträÙe 5,
36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Bernd Böhle
Herr Jan-Ulrich Saal
Herr Michael Bock
Herr Werner Kubetzko
Herr Carsten Lenz
Herr Andreas Rey
Herr Jürgen Richter
Herr Lothar Seitz ab TOP 10
Herr Karsten Vollmar
Herr Bernd Wennemuth bis TOP 9

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Hartmut Ziehn
Herr Michael Barth

vom Magistrat

Herr Thomas Fehling
Herr Gunter Grimm

von der Verwaltung

Herr Meik Ebert
Herr Volker Fladerer
Herr Horst Gerlich
Herr Markus Heide
Herr Wilfried Herzberg
Frau Anke Hofmann
Herr Christian Scholz
Herr Werner Steidel
Herr Johannes van Horrick

Schriftführer

Herr Rudolf Dahinten

Entschuldigt:

Mitglieder

Frau Silvia Schoenemann
Herr Hans-Jürgen Schülbe

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Sachstandsbericht zur Zusammenarbeit mit dem Urban Institute**
- 3. Bericht über die Haushaltsentwicklung**
- 4. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2017 gemäß § 28 GemHVO**
0382/19
- 5. Haushaltssatzung 2017**
0392/19
- 6. Risikofrüherkennungssystem für den Haushalt der Kreisstadt Bad Hersfeld**
0121/19/2
- 7. Unterbringung der Dienststellen der Stadtverwaltung im ehemaligen Telekomgebäude**
0385/19
- 8. Grundstücksangelegenheit; Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 40, Flurstück 32/5, Größe 1.519 m²**
0369/19
- 9. Stand der Bundeswehr auf dem Hessentag**
0380/19
- 10. Erweiterung der Kita Schlippental der Martinskirchengemeinde**
0377/19
- 11. Veräußerung der freien Flächen im Gewerbegebiet "Vor dem Buchwald" an einen Investor und Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes**
0387/19
- 12. 4. Änderung der Parkgebührenordnung**
0391/19/2

13. Gebührenerhöhungen für Sondernutzungen

0381/19

14. Übernahme einer Verkehrsfläche im Bereich der Breitzbachstraße

0364/19/1

15. Verschiedenes

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Vorsitzender Böhle eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des heute tagenden Ausschusses fest.

Einwendungen zur Tagesordnung werden seitens der Mitglieder des Ausschusses nicht erhoben.

Die Tagesordnung ist somit in der vorgegeben Form angenommen.

zu 2 Sachstandsbericht zur Zusammenarbeit mit dem Urban Institute

Herr Scholz führt aus, dass die Kreisstadt Bad Hersfeld derzeit im Projekt M-Fond (Mobilitätsfond) mit dem Urban Institute zusammenarbeitet. Inhalt der ersten Stufe ist eine mit 100% geförderte Vorstudie, Kosten ca. 125.000 Euro, gemeinsam mit Hessen-Mobil. Inhalt ist eine Bestandsaufnahme der Technik der Lichtsignalanlagen in Bad Hersfeld, Ziel ist es im zweiten Schritt, einen Förderantrag zur Umrüstung der Lichtsignalanlagen auf eine automatisierte Datenverbindung zu einem Verkehrsrechner zu stellen. In der Umsetzungsphase werden dann die Lichtsignalanlagen umgerüstet und mit einem Verkehrsrechner verbunden. Damit wird es möglich, aktiv Verkehrsströme zu lenken, eine grüne Welle für Rettungsfahrzeuge zu schalten und durch die Aufstellung von Umweltsensoren weitere Daten zu erheben.

In einem weiteren Projekt arbeiten die Wirtschaftsbetriebe an der Konfiguration einer Datenplattform, um alle aus dem Verkehr erhobenen Daten verarbeiten zu können. Hierbei ist auch an die Weitergabe von Verkehrsdaten an Dritte gedacht (Betreiber von Navigationssystemen). Zu den Kosten dieses Projektes können in der Öffentlichkeit keine Angaben gemacht werden.

Beschluss:

zur Kenntnis genommen

zu 3 Bericht über die Haushaltsentwicklung

Die Tagesordnungspunkt 3 und 4 werden gemeinsam aufgerufen. Herr Herzberg gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage.

Herr Ebert teilt mit, dass die Verwaltung plant, die bisher auf eigenen Konten befindlichen Verfügungsmittel zentral in der Stadtkasse zu führen. Dazu sollen die Ortsvorsteher angeschrieben werden, um die Überweisungen zu veranlassen. In verschiedenen Wortbeiträgen wird diese Verfahrensweise kritisiert. Es besteht Einvernehmen, dass zunächst die Ortsvorsteher über die Beanstandung des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises informiert werden sollen und für die vorgeschlagene Verfahrensweise geworben wird.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden wird folgende Vorgehensweise beschlossen: Herr Ebert lädt die Ortsvorsteher und Stellvertreter zu einem gemeinsamen Gespräch mit den Vertretern des Rechnungsprüfungsamtes ein. Dort soll der Sachverhalt besprochen werden und eine einvernehmliche Lösung erarbeitet werden. Der Vorschlag wird einstimmig gebilligt.

Beschluss:

zur Kenntnis genommen

zu 4 Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2017 gemäß § 28 GemHVO 0382/19

Beschluss:

Der Finanzbericht zum 31.03.2017 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 5 Haushaltssatzung 2017 0392/19

Beschluss:

Die Genehmigungsverfügung des Landrats vom 04.04.2017 wird zur Kenntnis genommen. Die Haushaltssatzung wird in der beigefügten Neufassung beschlossen und damit der Genehmigungsverfügung des Landrates vom 04.04.2017 beigetreten. Die aufgelisteten Veränderungen der Investitionen werden im Haushaltsplan umgesetzt.

mehrheitlich beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion der FWG/ Die Linke Fraktion, bei Enthaltung der SPD-Fraktion und Gegenstimme der Grüne/NBL-Fraktion.

**zu 6 Risikofrüherkennungssystem für den Haushalt der Kreisstadt Bad
Hersfeld
0121/19/2**

Beschluss:

Das vorgelegte Risikofrüherkennungssystem wird beschlossen. Der Magistrat wird gebeten, das System einzuführen und die Anwendung zu überwachen.

einstimmig beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion, der FWG/Die Linke Fraktion bei Enthaltung der Grüne/NBL-Fraktion.

**zu 7 Unterbringung der Dienststellen der Stadtverwaltung im ehemaligen
Telekomgebäude
0385/19**

Frau Hofmann erläutert die Vorlage. Auf Nachfrage teilt sie mit, dass die Investitionskosten in Höhe von 250.000 Euro für eine Glasfaserleitung vom Standort Am Markt 1 zur Breitenstraße 57 zunächst nur geschätzt sind. Sobald eine belastbare Kostenschätzung vorliegt, ist darüber in einer gesonderten Vorlage für den Haushalt 2018 abzustimmen.

Beschluss:

Die Anmietung der im Sachverhalt genannten Büroflächen zu dem im Sachverhalt genannten Bedingungen wird beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion, der FWG/Die Linke Fraktion gegen die Stimme der Grüne/NBL-Fraktion.

**zu 8 Grundstücksangelegenheit; Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 40, Flur-
stück 32/5, Größe 1.519 m²
0369/19**

Beschluss:

Die Einräumung des Vorranges der in den Abteilungen III einzutragenden Grundschulden in den Teileigentumsgrundbüchern von Bad Hersfeld, Blätter 15545, 15546, 15547, 15548 und 15549 sowie die Bewilligung der Eintragungen dieser Rangänderungen in den Grundbüchern wird beschlossen.

Die Kreisstadt Bad Hersfeld trägt hierfür keine Kosten.

einstimmig beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Grüne/NBL-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion, der FWG/Die Linke Fraktion und Enthaltung der SPD-Fraktion.

**zu 9 Stand der Bundeswehr auf dem Hessentag
0380/19**

Beschluss:

Die Stadt Bad Hersfeld wird als Veranstalter des Hessentages 2019 der Bundeswehr einen Standplatz zur Verfügung stellen.

einstimmig beschlossen

Einstimmig beschlossen.

**zu 10 Erweiterung der Kita Schlippental der Martinskirchengemeinde
0377/19**

Ausschussmitglied Lenz kritisiert, dass der Stadtverordnetenversammlung bisher kein aktueller Bedarfsplan für die Kreisstadt Bad Hersfeld vorgelegt wurde. Nach dem im Sachverhalt beschriebenen Bedarf besteht weiterhin eine Versorgungslücke von 12 Plätzen bei der U3-Betreuung.

Beschluss:

Zur Erweiterung der Kita Schlippental der Martinskirchengemeinde wird ein Baukosten- und Ausstattungszuschuss in Höhe von 140.000,00 EURO sowie für die ungedeckten Sach- und Personalkosten ein städtischer Anteil für diese beiden zusätzlichen Gruppen von 90% beschlossen. Eine entsprechende Vereinbarung zum bestehenden Vertrag ist abzuschließen. Ebenso ist eine Vereinbarung über die städtische Beteiligung bei einer Veräußerung wie im Sachverhalt dargestellt abzuschließen.

einstimmig beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion, der FWG/Die Linke Fraktion bei Enthaltung der Grüne/NBL-Fraktion.

**zu 11 Veräußerung der freien Flächen im Gewerbegebiet "Vor dem
Buchwald" an einen Investor und Aufstellung eines Vorhabenbezo-
genen Bebauungsplanes
0387/19**

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wird angemerkt, dass der Durchführungsvertrag als Anlage fehlt. Eine Beratung kann daher nicht stattfinden. Der fehlende Durchführungsvertrag soll schnellstmöglich den Ausschussmitgliedern übersandt

werden. Der Ältestenrat soll dann entschieden, ob die Vorlage, wie vorgesehen, in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden kann.

Beschluss:

Dem vorgelegten Durchführungsvertrag wird zugestimmt. Der Investor kann sein Büro mit der Bauleitplanung beauftragen.

keine Beschlussempfehlung abgegeben

zu 12 4. Änderung der Parkgebührenordnung 0391/19/2

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder werden verschiedenen Varianten diskutiert. Es besteht Einvernehmen, dass man zunächst mit dem Vorschlag der Verwaltung starten will, sollte sich in der Praxis zeigen, dass Regelungen angepasst werden müssen, so würde die Parkgebührenordnung erneut überarbeitet.

Herr Steidel führt aus, dass die Einrichtung des Bewohnerparkens im Kurviertel Aufgabe des Bürgermeisters als örtliche Verkehrsbehörde sei und nicht der Mitbestimmung der Stadtverordnetenversammlung unterliege.

Ausschussmitglied Lenz stellt fest, dass in den Haushaltsplanberatungen verabredet worden sei, dass die Mehreinnahmen von 130.000 Euro nicht allein durch eine Erhöhung der Parkgebühren, sondern auch durch eine größere Kontrolldichte durch die Ordnungspolizei erfolgen könne. Er fragt daher an, ob die Ordnungspolizei in diesem Jahr mehr kontrolliere und ob sich dies bereits in Mehreinnahmen niederschlage.

Bürgermeister Fehling schlägt vor, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Ausschusses einen Sachstandsbericht vorlegt.

Beschluss:

Die 4. Änderung zur Parkgebührenordnung wird gemäß dem dieser Drucksache beigefügten Textvorschlag beschlossen.

einstimmig beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Grüne/NBL-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion, bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der FWG/Die Linke Fraktion.

zu 13 Gebührenerhöhungen für Sondernutzungen 0381/19

Beschluss:

Die erste Änderung der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren wird gemäß dem dieser Drucksache beigefügten Textvorschlag beschlossen.

einstimmig beschlossen

**zu 14 Übernahme einer Verkehrsfläche im Bereich der Breitzbachstraße
0364/19/1**

Beschluss:

Vorbehaltlich der Aufhebung des Sperrvermerkes durch den Haupt- und Finanzausschuss wird dem Übernahmevertrag zugestimmt.

mehrheitlich beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion, der FWG/Die Linke Fraktion bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Grüne/NBL Fraktion.

zu 15 Verschiedenes

Bürgermeister Fehling erinnert an die am 02.05.2017 in der Stadthalle stattfindende Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema der wiederkehrenden Straßenbeiträge.

gez. Bernd Böhle
Vorsitzender

gez. Rudolf Dahinten
Protokollführer